



**Deutsche Feuerwehr-Gewerkschaft**  
Landesverband Berlin-Brandenburg

Berlin, 31.01.2023

## Pressemitteilung der DFeuG Berlin Brandenburg

Falsch abgebogen.

Im eskalierenden Streit, wer die Verantwortung für den Krankentransport trägt, schreiben Medien u.a. „Gesundheitssenatorin Gote lenkt ein“. Ein Sprecher der Gesundheitsverwaltung äußerte sich dem [Tagesspiegel](#) gegenüber wie folgt:

**I**m Streit darüber, wer in Berlin für Krankentransporte zuständig ist, lenkt Gesundheitssenatorin Ulrike Gote (Grüne) offenbar ein.

„Wir sind bereit“, teilte ein Sprecher mit, „die Verantwortung und Steuerung der Rettungsdienste und Krankentransporte mitsamt den bei der Feuerwehr und der Innenverwaltung bestehenden personellen und finanziellen Ressourcen vollständig in unsere Zuständigkeit zu übernehmen und auf dieser Grundlage eine integrierte Leitstelle aus einer Hand zu entwickeln.“

Lars Wieg, Vorsitzender der DFeuG Berlin Brandenburg:

*„Der Lenkeinschlag von Frau Gote schießt derart übers Ziel hinaus, dass man schon die Bewegung hin zu einer Geisterfahrt vermuten muss. Bei all den offenen Baustellen im Gesundheitswesen jetzt auf die zukünftige personelle und organisatorische Zuständigkeit im Bereich des Rettungsdienstes abzielen, ist bestenfalls überambitioniert. Der Vorschlag hat nicht im Ansatz was mit einer Lösung des akuten Problems zu tun. Das macht ihn so absurd, die genannten Motive für diesen Vorstoß wirken unehrlich.“*

Hat das Methode?

Schon in der Vergangenheit konnte man sich schwer des Eindrucks erwehren, dass Senatorin Gote beispielsweise kleine aber wichtige Änderungen im Rettungsdienstgesetz damit hinauszögerte, in dem sie überzogene Vorschläge einbrachte. Jedem Beteiligten war klar, dass ein derartiger Umfang an Forderungen einfach keinen schnellen Beschluss zulässt, den es jedoch brauchte.

*„Frau Gote sollte lieber konsequent ihre Kompetenzen im Bereich der Krankenhäuser, ambulanter Versorgung und Pflege schärfen. Hier gibt es genug für sie zu tun. Es läuft ja nicht mal das normale Tagesgeschäft in der Gesundheitsverwaltung“, so Wieg.*

Wir als Gewerkschaft stellen uns konsequent gegen diesen unangemessenen Vorstoß der Gesundheitssenatorin. Das Auseinanderreißen von Feuerwehr & Rettungsdienst ist nicht nur keine Antwort auf die ursprüngliche Frage zum Krankentransport, sondern ist der nächste Schlag in den Nacken der Beschäftigten der Berliner Feuerwehr, die sich wie Figuren auf dem Brett empathielos hin und herbewegt fühlen.

Lars Wieg weiter: *„Wir würden uns wünschen, dass die Gesundheitsverwaltung endlich begreift, dass sie ein Teil des Ganzen ist und versucht, die Mitspieler an einen Tisch zu bekommen ohne der einzige Mitspieler am Tisch sein zu wollen. Sie muss endlich die Notwendigkeit der Aufsicht über die KV und die Krankenkassen ernst nehmen.“*

Manuel Barth, Pressesprecher  
DFeuG Berlin Brandenburg

